

Anhang:

ERICH REITER

Ein Essay zur neuen globalen Geopolitik

Einige geopolitische und geostrategische Betrachtungen über die Auswirkungen der Wiederkehr der Geopolitik nach Zentralasien auf die europäische Sicherheit

1. Einleitung

Wenn man die Frage stellt, was nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges wirklich neu ist, muß man akzeptieren, daß es statt neuer, moderner Ordnungsvorstellungen in sicherheitspolitischen Theorien viel Unbeweglichkeit gibt, die das Leben der alten Ordnungskonzepte verlängert, sowie auch noch immer ein vorherrschendes Denken in Kategorien der Ost-West- und Nord-Süd-Konfrontation. Das geschieht heute zwar in doch eher ideologiefreien Kategorien, aber immer noch nach geopolitischen Gleichgewichtsvorstellungen der „balances and counterbalances“. Und es darf nicht vergessen werden, daß die Hauptgegner im Kalten Krieg, die USA und Rußland, noch immer ihre strategischen nuklearen Arsenale aufrechterhalten und damit eine antagonistische Grundkomponente in ihren Beziehungen erhalten haben.

Darüber hinaus geht es aber auch darum, Mut zu neuen Szenarien, zu neuem Denken, ja vielleicht zu so etwas wie "Gedankenspielereien" – in einem Essay – zu entwickeln, freilich gestützt auf Erkenntnisse der Vergangenheit und Gegenwart. Extrapolierungen sind einmal erlaubt, wenn es um Zukunftsszenarien geht. Es müssen auch potentielle Konstellationen ins Visier genommen werden, die über historische Betrachtungen oder sogenannte Gegenwartsanalysen hinausweisen. Daher wird der Leser in diesem Aufsatz auch gelegentlich auf Konjunktives stoßen. Die Zukunft ist offen. Wir dürfen sie aber gelegentlich auch mit "unfrierten Gedanken" einkreisen.

Ist der Ost-West-Konflikt wirklich vorbei? Oder hat er nur an Bedeutung verloren, aufgrund eines viel schwächeren Rußlands – im Vergleich zur Sowjetunion –, wegen seiner Konzentration auf ein beschränktes Gebiet im Vergleich zur früheren globalen Dimension und wegen des Wandels von einer umfassenden Konfrontation (ideologisch, politisch, wirtschaftlich) zu einem Wettlauf um Einflußbereiche? Wenn das so ist – und es gibt keinen Grund, die Tatsache zu leugnen, daß es noch immer eine Konfrontationssituation zwischen dem „Westen“ und Rußland gibt –, dann muß die Grundlage dafür geopolitisches Denken sein, insbesondere von seiten Rußlands.

Es ist eine Tatsache, daß sicherheitspolitische Beziehungen zu einem großen Teil von geographischen Faktoren beeinflußt werden. All die Warnungen in Hinblick auf eine NATO-Erweiterung, daß sie die Konfrontation vertiefen würde, bestätigen mindestens die Tatsache, daß es eine solche Konfrontation gibt. Jeglicher Versuch eines einzelnen Staates, eine Hegemonie zu errichten, wird mit Machtpolitik beantwortet werden. Das ist die wirkliche Natur der russischen Versuche, die GUS-Länder zu ihrem Hegemonialbereich zu machen bzw. diese Länder in ihrem Hegemonialbereich zu halten, und, das wird immer augenscheinlicher werden, als Gegengewicht zum starken Willen der Amerikaner, eine Art von Weltführung zu erlangen. Die Frage ist, wie die mehr oder weniger großen Mächte darauf reagieren werden (auf eine eher antagonistische oder eine eher kooperative Art?), um eine multipolare Welt zu erhalten und auszubauen, die es schon gibt, seit China Rußlands Vorherrschaft in den sechziger Jahren abgeschüttelt hat, seit Japan eine große Wirtschaftsmacht geworden ist und seit der Gemeinsame Markt die Europäische Union zu einer wirtschaftlichen Weltmacht gemacht hat. Ein bipolares System existierte nach den sechziger Jahren nur in einem militärisch-politischen Sinn und in Hinblick auf die Situation in Europa. Und eine unipolare Welt mit eindeutiger

US-Führung gab es wohl nur eine ganz kurze Zeitspanne nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit der amerikanischen Regie im Golfkrieg gegen den Irak.

2. Die Dekolonialisierung als Grundlage der zukünftigen Weltordnung

Die Hauptänderung in Hinblick auf die grundlegenden Voraussetzungen für die Entwicklung einer neuen Geopolitik ist der Fortschritt der Dekolonialisierung während der Ära des sogenannten Kalten Krieges. Ungefähr hundert neue, souveräne Staaten sind seit dem Ende des zweiten Weltkriegs entstanden. Aber die neuen Staaten konnten aufgrund der globalen Dominanz der zwei militärischen Supermächte, die – genauso wie China – ihre Politik, ihre ideologische, soziale und wirtschaftliche Orientierung auf verschiedene Art beeinflussen, keine wirklichen Akteure in den internationalen Beziehungen werden. Zum Teil waren diese neuen souveränen Staaten in Koalitionen oder Interessenssphären der Großmächte integriert; zum Teil versuchten sie, ihre eigene Rolle zu spielen. Jedoch: Es fehlte ihnen ein gemeinsames strategisches Ziel innerhalb der – zahlenmäßig großen – Organisation der Blockfreien Staaten. Daher waren sie nicht sehr erfolgreich in der Gestaltung einer ihren jeweiligen Interessen entsprechenden Weltordnung bzw. der globalen oder regionalen Machtausübung.

Obwohl ihre Bedeutung anfangs nicht so offensichtlich war – weil vom Kalten Krieg überdeckt – und, da sie in den meisten Fällen Änderungen ohne große Kriege brachte, nicht in derselben Weise wahrgenommen wurde wie große militärische Auseinandersetzungen, brachte die Dekolonialisierung die Hauptveränderung der Welt in diesem Jahrhundert, und sie wird sogar von noch größerer Bedeutung für die Zukunft sein als das Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Entwicklungsländer mit weniger als zwanzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BNP) der Welt beheimaten vier Fünftel der Weltbevölkerung und – so verschieden sie auch sein mögen – sie haben eines gemeinsam: sie sind gegen eine von den USA dominierte Welt.

Nach der Desintegration dieser besonderen Konstellation einer „bipolaren“ Hegemonie der früheren Supermächte, die jeweils einen Teil der Welt in ihren Vorherrschaftsbereich integrierten oder zwangen und in der restlichen Welt im Wettbewerb um Einflußbereiche im Spitzenfeld lagen, somit gleichsam zusammen eine Art bipolares Vorherrschaftssystem aufrechterhielten, stieg die Bedeutung einer Reihe von Regionalmächten. Diese Regionalmächte sind eigenständige Akteure geworden, deren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten oder ihre strategischen Dreieckbeziehungen zueinander die regionalen politischen Verhältnisse gestalten, aus denen sich wiederum die globale Situation ergibt.

Die heute so große Anzahl von Ländern und ihre neugefundene Handlungsfähigkeit machen eine – von den Vereinigten Staaten angestrebte – unipolare Welt praktisch unmöglich. Dadurch und aufgrund der Erhöhung der Zahl der Atommächte ist die Welt weniger berechenbar und das Eskalationspotential von regionalen Konflikten nicht mehr abschätzbar geworden.

Der letzte Schritt in der Dekolonialisierung war der Zerfall der Sowjetunion, der eine (mehr oder weniger große) Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken zur Folge hatte – ein noch nicht abgeschlossener Prozeß – und die tatsächliche Unabhängigkeit ihrer früheren Satellitenstaaten.

3. Westliche Interessen in der Region Zentralasien und Kaspisches Meer

Die Tatsache, daß das Entstehen neuer unabhängiger Länder zu völlig neuen Bedingungen für die Geopolitik führt oder eine Geopolitik ermöglicht, die ansonsten nicht existieren würde, wird im geographischen Bereich von Zentralasien rund um das Kaspische Meer demonstriert. Einige Amerikaner haben die Situation in diesem Gebiet die „Wiederkehr“ der Geopolitik genannt.

Dies ist natürlich eine Folge des Zusammenbruchs der ehemaligen Sowjetunion und des Entstehens neuer, unabhängiger Staaten. Einige wichtige wirtschaftliche und strategische Überlegungen beziehen sich auf diese Region. Erdöl- und Gasressourcen, an denen sowohl US-amerikanische als auch europäische Unternehmen interessiert sind – die Schätzungen gehen von 10 bis 30 Prozent der Vorkommen am Golf – wie auch die Herrschaft über die Pipelines für den Transport sind hochpolitisch, weil dieses Gebiet derzeit ein Machtvakuum ist und sich im Prozeß einer neuen politischen und kulturellen Orientierung befindet; aber auch, weil dieses Gebiet – außer von Rußland und China – von der Türkei, dem Irak, dem Iran und Afghanistan umgrenzt wird. Diese Länder sind für die USA und für Europa von strategischer Bedeutung und stellen potentielle oder tatsächliche (Afghanistan) Krisenherde dar.

Obwohl die Erdöl- und Gasressourcen anfänglich überschätzt worden sein dürften, die Produktionskosten relativ hoch wären und insbesondere der Bau von Pipelines sehr kostenaufwendig ist, wogegen die Ölpreise derzeit niedrig sind, bietet der Raum Zentralasien/Kaspisches Meer (bestehend aus den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien und südlich des Kaukasus) jedenfalls eine strategische Reserve für diese Rohstoffe. Deshalb werden Vorkehrungen zur späteren Nutzung getroffen, wozu neben Schürfrechten, Förderkonzessionen, Firmengründungen und -beteiligungen auch die Planung und der Bau neuer Pipelines zählt. Die Errichtung eines euroasiatischen Transportkorridors von Kasachstan bis in die Türkei würde die Abhängigkeit der Produktionsländer von Rußland entscheidend reduzieren. Das Heraushelfen aus dem russischen Einfluß erfolgt parallel zur Ausdehnung westlichen Einflusses im Osten Europas. Rußlands Abwehr gegenüber dem Anwachsen westlichen Einflusses in Zentralasien ist relativ schwach, weil es den russischen Großkonzernen in erster Linie darum geht, russisches Öl zu verkaufen, weshalb ihr stärkeres Engagement in der Region Zentralasien/Kaspisches Meer zur Erhöhung der Produktion zugleich eine Konkurrenz für die eigene Produktion brächte. So warten die russischen Firmen ab, und Rußland versucht, seine eigenen Pipelines zum Ausbau anzubieten.

Strategische und wirtschaftliche Interessen stimmen nicht immer überein; z.B. meinen einige westliche Firmen, daß man Rußland stärker in den Ausbau der Öl- und Gasressourcen einbinden müsse, denn längerfristig sei eine Stabilisierung und Befriedung dieser konfliktträchtigen Region ohne Rußland nicht möglich. Das strategische Interesse der USA zielt jedoch gerade auf die Verdrängung des russischen Einflusses. Und aufgrund ihrer Finanzkraft und technischen Expertenwissens haben die US-Firmen Vorteile. US-Politik unterstützt deshalb US-Investitionen, indem sie die politische Vorarbeit für private Investitionen zu leisten versucht. Es gilt, die Prioritäten in den Interessensabstimmungen gegenüber der Türkei, Rußland, und dem Iran festzulegen. Die Türkei ist in der Region präsent, dominiert sie aber nicht und ist als Schwellenland alleine nicht imstande, die Wirtschaftsentwicklung dort nachhaltig zu gestalten. Sie ist deshalb der natürliche Partner der USA und bietet sich als Land für die Pipeline-Routen an.

Bisher zählt es zu den Prioritäten der US-Politik, den Iran möglichst aus dem Öl- und Gasgeschäft in dieser Region auszuschließen. Zahlreiche westliche, insbesondere europäische Firmen wollen den Iran aus Gründen wirtschaftlicher Vorteile – unter anderem wegen möglicher kürzerer Transportrouten – aber gerne einbinden und sind investitionsbereit. Die Politik mehrerer wichtiger EU-Mitglieder ist davon stark beeinflusst und verfolgt eine von den USA differenzierte Politik gegenüber dem Iran.

4. Rückblick auf „traditionelle“ geopolitische Ideen und Konzepte

Wenn man Geopolitik von einem historischen Standpunkt aus betrachtet, ist die Region Zentralasien/Kaspisches Meer auch von strategischer Bedeutung, weil es das geographische Zentrum des euroasiatischen Kontinents ist.

Erinnern wir uns: Der britische Geograph und geopolitische Denker Sir Halford Mackinder argumentierte, daß das westliche (maritime) Bündnis die Bedeutung des eurasischen „Herzlands“ entsprechend würdigen müßte (einschließlich sowohl Zentralasien als auch der Region Kaspisches Meer) und sagte voraus, daß Moskaus Sieg im Zweiten Weltkrieg die UdSSR zur größten Landmacht des Planeten machen würde, die Eurasien (und die Welt) dominieren könnte. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen US-Sicherheitsplaner (basierend auf Mackinders Theorien) die Sowjetunion – die „Herzland“-Macht – als die fundamentale Bedrohung der US-Sicherheitsinteressen; das führte zu der „containment policy“, die während der Ära des sogenannten Kalten Krieges gegen sowjetische geographische und ideologische Expansion gerichtet war. Die Region Zentralasien/Kaspisches Meer gehört zu Mackinders „Herzland“, aber seiner Meinung nach war die Kontrolle über Osteuropa das grundlegende Element für globale Vorherrschaft. Mackinder meinte in bezug auf das „Herzland“, d. h. das Gebiet von Mitteleuropa bis tief nach Asien hinein, daß wer das „Herzland“ beherrsche, auch die „Weltinsel“ Eurasien beherrsche und damit die Welt. Wer immer Osteuropa beherrscht, regiert das „Herzland“, wer immer das „Herzland“ regiert, regiert die „Weltinsel“; und wer immer die „Weltinsel“ regiert, regiert die Welt. Zwar sah er die Beherrschung des „Herzlandes“ als Resultat der Beherrschung Osteuropas. Das hat aber wohl nur im Hinblick auf Rußland/Sowjetunion und vielleicht das frühere Deutschland gegolten; für eine Seemacht war das „Herzland“ nach Mackinder ja unzugänglich. Nach Mackinder müßte eigentlich die NATO und mittelbar die USA als dominierende Macht in der NATO nach der NATO-Erweiterung um Polen und der Kooperation mit der Ukraine Eurasien beherrschen – und auch nach Spykman wäre es nicht anders. Nach Mackinder ist Zentralasien ein wichtiger, aber nicht der essentielle Teil des Herzlandes.

Der amerikanische Geograph Nicholas J. Spykman, der Mackinders Analyse weiterführte, formulierte, daß wer immer das (eurasische) „Randland“ beherrscht, Eurasien regiert und wer immer Eurasien regiert, der kontrolliert das Schicksal der Welt. Aus diesem Grund mußte die US-Außenpolitik es unmöglich machen, daß die eurasische Landmasse eine überwältigend dominierende Macht in Europa und dem Fernen Osten beherbergt; insbesondere sollte sie eine feindliche, totalitäre Nation daran hindern, politische oder militärische Kontrolle über Zentraleurasien plus jegliche wesentliche Teile der eurasischen „Randländer“ zu errichten.

Das seinerzeitige sowjetische Engagement in Afghanistan durch die Unterstützung des pro-sowjetischen Regimes gegen die verschiedenen rebellischen Fraktionen kann als ein Versuch der Kontrolle über einen wesentlichen Teil des „Randlands“ gesehen werden. Die geographische Basis für diesen Versuch war natürlich Zentralasien. Die Kontrolle über Zentralasien ist in einem gewissen Ausmaß noch immer von geopolitischer Bedeutung, obwohl die Notwendigkeit für eine weiterdauernde westliche Ausrichtung auf das eurasische „Herzland“ abgenommen hat – aufgrund der (wieder)erlangten Unabhängigkeit vieler Länder von Rußland –, so daß das „Herzland“ nicht länger unter der Dominanz einer Hegemonialmacht ist. Auf längere Sicht könnte die geopolitische Bedeutung dieses Gebietes steigen, weil das eurasische „Randland“ noch immer übermäßige potentielle Bedrohungen für die Weltordnung in sich birgt.

Die „Rückkehr“ der Geopolitik ergibt sich aufgrund der Möglichkeiten für europäische und amerikanische Interessen im Gebiet von Zentralasien und dem Kaspischen Meer, das geographisch das Zentrum der „Weltinsel“ ist, Einfluß zu gewinnen, was in der sowjetischen Zeit ausgeschlossen war.

Die heute für die globale „balance of power“ wohl entscheidenden strategischen Dreiecke sind die in den Beziehungen zwischen den USA, China und Japan in Fernost und das euroatlantische zwischen den USA, der EU und Rußland. Die kritische Verbindung zwischen beiden ist die lange russisch-chinesische Landgrenze und Zentralasien. Deshalb ist Zentralasien für Rußland eine Region, derentwegen es Gegengewichte gegen die USA zu bilden versuchen

wird, die jedenfalls auch China und Indien betreffen und so die Triangelbeziehungen beeinflussen können. Ohne geopolitische Theorien überbewerten zu wollen, muß die potentielle geopolitische Bedeutung dieser Region in Betracht gezogen werden, und die Machtstrukturen in diesem Gebiet werden Auswirkungen haben, die über die Region hinausreichen.

5. Die neue Situation kann einige Politiken verändern

Die neue Situation in der Region Zentralasien/Kaspisches Meer kann einige Politiken verändern, weil nationale Interessen heute sowohl wirtschaftlicher als auch strategischer Natur sind. Nationale Politik unterstützt oft wirtschaftliche Interessen, wie sie von den führenden Firmen vertreten wird, wie im Fall von Kongo/Zaire, wo man die Rivalität zwischen den USA und Frankreich bei der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen beobachten konnte. US-Politik unterstützt wirtschaftliche Ziele in Hinblick auf die Region Zentralasien/Kaspisches Meer. Das hat die USA und hat Westeuropa mit den Interessen Rußlands und anderer angrenzender Länder in Konflikt gebracht und wird es auch weiterhin tun.

5.1 Die Beziehungen zum Iran

Um sich der wirtschaftlichen Interessen der US-Firmen anzunehmen, könnte zum Beispiel die „dual containment policy“ der USA gegenüber sowohl dem Irak als auch dem Iran im Laufe der Zeit in Hinsicht auf den Iran geändert werden; es gibt einige Hinweise, daß zumindest einige Gruppierungen in den USA eine gewisse Kooperation mit dem Iran wünschen, und es gibt auch einige Hinweise, daß wichtige Teile der Gesellschaft im Iran dafür bereit sind. Aufgrund der neuen Situation und mit einiger Kooperation mit den USA und Europa könnte der Iran Rußlands alte aber noch immer gültige Position in Hinsicht auf die Kontrolle der Öl- und Gasreserven und deren Transportmittel in Frage stellen. Das ist es ja, was die USA wirklich wollen. Es gibt daher keine Garantie, daß Rußland und der Iran in der Zukunft stabile Partner werden, obwohl manche Russen das gerne sehen würden. Es ist wahrscheinlicher, daß, wenn der politische Druck auf den Iran nachläßt und er mehr in die internationalen politischen Strukturen integriert wird, was einige europäische Länder bereits versuchen, er ein potentieller Rivale Rußlands wird. (Um gleichzeitig auch ein Partner für den Westen, insbesondere für die USA zu werden, müssen noch Hindernisse von zentraler Bedeutung überwunden werden, insbesondere ein umfassender, auch Syrien einschließender Friedensprozeß im Nahen Osten erfolgreich anlaufen.) Die westlichen Wirtschaftsinteressen sind mit dem strategischen Interesse verbunden, nicht nur um Rußland zu schwächen und sowohl westlichen als auch iranischen Einfluß in der Region zu erlangen, sondern auch, um bessere Kontrolle über die Schifffahrtsrouten im Persischen Golf zu haben.

Zusätzlich versucht Rußland, den islamischen Einfluß in dieser Region einzudämmen, und der Iran ist der Förderer dieses Einflusses. Abgesehen von seiner Kooperation mit islamischen Ländern wie Pakistan und dem Irak ist es auch in Chinas Interesse, den islamischen Einfluß einzudämmen. Außerdem haben Rußland und China das gemeinsame Interesse, neben der führenden Rolle der USA, (im Fernen Osten wie auch in Europa) auch den amerikanischen Einfluß in Zentralasien und im Kaukasus auszubalancieren.

5.2 Die russisch-chinesischen Beziehungen

All dies stellt eine Basis für strategische Kooperation zwischen Rußland und China dar. Man könnte dagegen argumentieren, daß die fundamentalen Unterschiede und das Mißtrauen zwischen diesen Nationen zu groß ist und daß es zu viele politische, ökonomische und strategische Hindernisse für eine wesentliche Verbesserung ihrer langjährigen strategischen Kooperation gibt. Aber es gibt auch genug Grund für zumindest zwischenzeitliche strategische Ko-

operation gegen spezifische amerikanische Interessen. Man könnte daher sagen, daß das amerikanische Engagement in der Region Zentralasien/Kaspisches Meer eine neue Basis für chinesisch-russische gemeinsame politische Ziele schafft.

Unübersehbar ist das chinesische Interesse an Kooperation mit dem flächengrößten Land Zentralasiens, Kasachstan, hinsichtlich der Versorgung mit Öl und Gas. Aber dies muß kurz- und mittelfristig nicht eine Konfrontation mit Rußland zur Folge haben, weil China derzeit nicht direkt an einer Einflußzone in diesem Gebiet interessiert ist; es wird vielmehr Interesse daran haben, daß in Zentralasien Rußland die Funktion einer Ordnungsmacht ausübt. (Auf lange Sicht gesehen könnte China allerdings insofern in einen Gegensatz zu den russischen Interessen in Zentralasien kommen, weil es die russische Hegemonie im allgemeinen nicht möchte und zentralasiatische Länder Geschmack daran finden könnten, sich an China anzulehnen, das in ihrem Denken keine Absichten auf eine direkte Hegemonie dort hat - um mehr russischen Einfluß zu verhindern.)

Es ist eine Tatsache, daß die Normalisierung der chinesisch-russischen Beziehungen gut funktioniert, daß sie ihre Beziehungen vertiefen und daß Rußland die chinesischen Streitkräfte bei einer wesentlichen Modernisierung ihrer Ausrüstung unterstützt. Wenn man bedenkt, daß sowohl China als auch Rußland von den USA als Probleme gesehen werden, warum sollten sie nicht zu einem gemeinsamen Problem für die USA werden? Und zwar insbesondere seit China und Rußland die NATO-Erweiterung, die Ausweitung der Sicherheitsverträge mit Japan und die Aktivitäten in Zentralasien als gegen russische (und chinesische) Interessen gerichtete, geplante Zangenbewegung auf der euroasiatischen Landmasse betrachten. Das muß nicht zu einer langfristigen strategischen Partnerschaft führen, aber es kann zu mittelfristigen taktischen Konzepten gegen westliche Interessen führen.

5.3 Türkei - Iran

Es ist schwierig, die innere Entwicklung im Iran und in der Türkei vorauszusagen, aber man kann sich vorstellen, daß sich die Unterschiede in ihrem sozialen und kulturellen Selbstverständnis verringern werden – aufgrund des steigenden islamischen Einflusses in der Türkei und weil der Iran allmählich liberaler wird. Der Iran nutzt natürlich auch die schwindende Glaubwürdigkeit der US-Politik im Hinblick auf den Golf, um seine Beziehungen mit einigen arabischen Ländern zu normalisieren, besonders mit Saudi-Arabien, aber auch mit den kleinen Golf-Anrainern (man vergleiche z.B. die Vereinbarung über militärische Kooperation mit Oman).

Die Türkei selbst ist kein entscheidender Akteur in der kaspischen/zentralasiatischen Region, obwohl Aserbaidschan und alle zentralasiatischen Länder mit Ausnahme von Tadschikistan ethnisch/sprachlich vorwiegend "türkisch" (türksprachig) sind. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation ist die Türkei für großzügige und weitreichende Investitionen in diesen Raum aber nicht geeignet. Die türksprachigen Länder selbst neigen zu differenzierter Politik; sie sind offen für alle Investoren, für die USA und den Westen genauso wie für Japan oder Südkorea, für Pakistan, den Iran oder Rußland, in dem Glauben, daß das ihre Unabhängigkeit am besten unterstütze. Türkische Versuche, Einfluß in diesem Bereich zu erlangen, stehen in Konkurrenz insbesondere mit Rußland und dem Iran.

Der Weiterbestand der gegenwärtigen türkischen Kooperation mit den USA und Israel wird von der inneren Entwicklung in der Türkei abhängen. Man kann nicht völlig sicher sein, daß diese Entwicklung auch weiterhin westlich orientiert sein wird. Die Türkei ist nicht nur bereits skeptisch in bezug auf die Europäische Union geworden, sondern es lassen sich auch ganz allgemeine antiwestliche Tendenzen feststellen. Das fördert die Möglichkeit besserer Beziehungen zum Iran. Eine Basis für strategische Kooperation ist zwar noch nicht gegeben, aber eine Annäherung könnte einen Prozeß auslösen. Beide Länder und insbesondere die Tür-

kei selbst befinden sich in einer Phase der Neuorientierung. Warum sollten diese beiden relativ wichtigen Regionalmächte nicht eines Tages beschließen, enger zusammenzuarbeiten, mit dem Ergebnis, daß beide eine wichtigere Rolle im Nahen Osten spielen würden, um den US- und den russischen Einfluß dort zu verringern? Das würde dann sowohl die transatlantischen als auch die amerikanisch-russischen Beziehungen beeinflussen.

5.4 Indiens Rolle in Zentralasien

Der Einfluß Indiens in diesem Gebiet ist durch Pakistan beschränkt, das (in Hinblick auf seine geographische Position und wenn sich die politische Situation konsolidieren würde) neue Routen für den Öltransport via Afghanistan anbieten könnte, und von China, insbesondere wegen seiner strategischen Kooperation mit Pakistan.

Die Kooperation mit Rußland ist hinsichtlich Zentralasiens seit dem Zerfall der Sowjetunion wegen der nunmehr großen Entfernungen erschwert und wird in der Zukunft auch zu einem gewissen Ausmaß vom russischen Interesse an strategischer Kooperation mit China abhängen. Daher ist Indien – trotz der neuen Situation in Zentralasien – nicht ein potentiell wichtiger Akteur außerhalb des südasiatischen Kontinents.

Es ist noch absolut offen, ob die neue Situation, daß mit Indien und Pakistan zwei neue Nuklearmächte in Südasien existieren, auch zu neuen Orientierungen derselben bzw. der Großmächte zu ihnen führen wird. Zwar bringt der Besitz von nuklearen Waffen im Hinblick auf die haßerfüllte Beziehung zwischen Indien und Pakistan und die offenen Probleme (insbesondere Kaschmir) die Gefahr eines Nuklearkriegs, andererseits lassen sich die „offiziellen“ Atommächte leichter in ein Kontrollregime für Nuklearwaffen und -tests integrieren. Damit würden US-Probleme mit Indien relativiert werden, wobei gleichzeitig islamistische und anti-amerikanische Tendenzen in Pakistan dessen Beziehungen mit den USA erschweren. Einen Kurswechsel hier vorauszusagen, das wäre noch verfrüht; aber es kann durchaus Bewegung in die Situation kommen, denn der Faktor, daß Indien einen politisch-militärischen Machtzuwachs erfährt, ist gegeben.

Und das kann die Beziehungen der großen Mächte zueinander beeinflussen. Man wird künftig die strategischen Dreiecke China-Indien-Rußland und USA-Indien-China, vielleicht auch USA-Indien-Rußland, berücksichtigen müssen. Größere indische Machtprojektion in Richtung Zentralasien ist daraus aber nicht zu ersehen.

5.5. Interessensblöcke

Hinsichtlich ihrer Interessen gegenüber Zentralasien lassen sich aufgrund der derzeitigen internationalen Beziehungen zwei große Blöcke orten: erstens die USA, Westeuropa, die Türkei und Pakistan gegenüber zweitens Rußland, Iran, Indien. Das zeigt, daß China nicht zum Interessensblock zwei gehören kann, denn seine Beziehungen zu Indien sind feindschaftlich und von Rivalität gekennzeichnet. Wird die Interessenlage hinsichtlich Zentralasiens hier eine Änderung bringen? Möglich scheint manches, nicht nur ein künftig größeres Interesse der USA an Indien, sondern auch eine Entwicklung zum Besseren in den chinesisch-indischen Beziehungen.

Natürlich ist das im Zusammenhang mit der Entwicklung in Europa zu sehen, denn dort ergibt sich durch die NATO-Erweiterung eine entscheidende Neuordnung der sicherheitspolitischen Situation.

6. NATO-Erweiterung

Mit der NATO-Erweiterung um Polen, Tschechien und Ungarn gibt es in dem sogenannten Krisengürtel von der Ostsee zum Schwarzen Meer zum ersten Mal eine „westliche“ Ord-

nungskomponente. Sie bedeutet ein erweitertes Engagement der USA in der europäischen Sicherheitspolitik und eine weitere Ausdehnung ihres Einflßbereichs für die USA.

Nach russischem geopolitischen und imperialistischen Denken ist die NATO-Erweiterung ein Grund, Maßnahmen zu ergreifen, um zumindest in den früheren Sowjetrepubliken, Rußlands sogenanntem „weichen Bauch“, seinen Einfluß zu bewahren. Ein zweiter Schritt der NATO-Erweiterung nach Osten muß auch unter diesem Aspekt bewertet werden, und die Begrenzung einer künftigen NATO-Erweiterung (oder ihr Ende) als Konsequenz eines US-Erfordernisses für strategische Kooperation mit Rußland wird auch von der Situation in der Region Zentralasien/Kaspisches Meer abhängen. Natürlich wird Rußlands zukünftige Einflußzone auch von seinen geostrategischen Möglichkeiten bestimmt werden, das heißt: von dem Raum für Machtprojektion, den ihm der Westen überläßt; das wird einerseits von der NATO-Erweiterung (und auch davon, wie gut der Prozeß zur Integration der ersten Ex-Warschauerpaktländer in die NATO funktioniert) abhängen, andererseits von der inneren Entwicklung in Rußland, ob es ein demokratisches Land sein wird oder nicht. Wenn nicht, dann – so nehmen viele an – wird es ein hegemonistisches und imperialistisches Land sein, zumindest gegenüber den Ländern der GUS und den baltischen Staaten.

Ist die russische Entwicklung von der westlichen Politik abhängig oder von ihr bestimmt, insbesondere vom Ausmaß und der Geschwindigkeit der NATO-Erweiterung? Nicht unbedingt, denn die NATO-Erweiterung ist keine wirkliche Bedrohung für Rußland, wird aber in der subjektiven Wahrnehmung in Rußland als solche empfunden, und sie ist für die politische Instrumentierung durch russische Nationalisten bestens geeignet. Die beschworene Gefahr liegt nicht in aggressiven Handlungen der NATO gegen Rußland, sondern in Feststellungen, daß die NATO sich bis zur russischen Grenze erstrecken könnte, – was ja formal schon jetzt hinsichtlich der russischen Enklave Kaliningrad/Nordostpreußen der Fall ist.

Der Westen hätte demnach nur die Möglichkeit, diese Ängste durch "gutes" Verhalten zu beruhigen, was letztlich bedeuten würde, den russischen Vorstellungen in Ost-, Südost- und Nordeuropa zu entsprechen. Eine positive Beeinflussung der innerrussischen Entwicklung durch westliche Politik ist überaus schwierig; lediglich Randbeeinflussungen (wie z.B. durch die Tätigkeit westlicher Stiftungen und Parteiakademien) sind möglich. Eine wesentliche Mitgestaltung der inneren Ordnung Rußlands durch den Westen scheint aber eine unrealistische Zielsetzung zu sein. Versuche positiver Beeinflussungen durch die westliche Finanzpolitik gegenüber Rußland erwiesen sich sogar als kontraproduktiv, weil die Finanzhilfen – anstatt als Hilfestellung zum Übergang zur Marktwirtschaft zu dienen, tatsächlich eine Stützung des anarchischen Wirtschaftssystems sind. Eine realistische Betrachtung kommt wohl zum Ergebnis, daß eine positive Beeinflussung der russischen Entwicklung von außen kaum möglich ist; man kann lediglich die Basis für negative Entwicklungen unter Umständen reduzieren, indem die westliche Politik auf Rußlands Vorstellung von seiner Großmachtrolle gebührend Rücksicht nimmt. Das wird akzeptabel sein, wenn es um die Einbindung Rußland in politische Prozesse geht; es ist aber sehr problematisch, was den russischen Einflßbereich betrifft. Folgende Überlegung sei dazu angestellt: letztlich wird die russische Entwicklung in Rußland selbst entschieden; westliche Politik ist dafür nicht entscheidend. Wird Rußland ein „normaler“ Staat, eine Demokratie im westlichen Sinne, dann wird es sich auch normal, also friedlich verhalten. Wird es aber wieder autoritär und imperialistisch, dann ist es gut, wenn es keinen großen Einflßbereich mehr vorfindet und in seinen imperialistischen Ambitionen durch bereits geschaffene Tatsachen beschränkt ist.

Die NATO selbst ist ohne Zweifel der erstrangige Ordnungsfaktor für und in Europa. Eine zweite Erweiterung, möglicherweise einschließlich Rumäniens, würde die Südflanke der NATO repositionieren und in einem stärkeren Ausmaß von Einfluß im Bereich des Schwarzen Meeres resultieren, welches bisher – mit Ausnahme der türkischen Küstenregionen – prak-

tisch von Rußland kontrolliert wurde. Das wäre eine ernsthafte Herausforderung für russisches Denken in geopolitischer Hinsicht.

Die politischen Vereinbarungen, die sich aus der ersten NATO-Erweiterungsrunde ergeben haben, bedeuten, daß Rußland praktisch – wenn auch noch in eingeschränkter Weise – in das Stabilitäts- und Sicherheitsnetz der NATO integriert wurde. Auf jeden Fall hat der erste Schritt der NATO-Erweiterung die US-amerikanisch-russischen Beziehungen nicht so belastet, wie es einige Kritiker erwarteten. Wenn man das von diesem Standpunkt aus betrachtet, wird es schwieriger, sich vorzustellen, welche Gegenmaßnahmen Rußland gegen seine allmähliche sicherheitspolitische Einkreisung setzen könnte. Es gibt tatsächlich sehr wenige konkrete Möglichkeiten, auch nach einem Wiedererstarken Rußlands.

Mögliche russische Reaktionen werden nicht notwendigerweise aus traditioneller Aufrüstung und Verringerung der Kooperation mit dem Westen bestehen, sondern werden – und sind es schon – die Bildung neuer Allianzen, sogar mit eher obskuren Ländern wie dem Irak (z.B. der – allerdings unrealistisch erscheinende – Vorschlag Jelzins zu einem strategischen Dreieck Rußland-Indien-China) oder die Störung westlicher Politik sein, um die Rolle Rußlands als Großmacht zu demonstrieren. (Möglichkeiten dazu bot auch der Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien, in dem Rußland eine Vermittlerrolle einnahm und dabei die wesentlichen Maßnahmen zu beeinflussen versuchte; indes erwies sich der russische Einfluß auf die serbische Führung als unwesentlich.)

Jedenfalls ist Zentralasien für die USA ein neues Machtvakuum, dessen Anziehungskraft sich weder die US-Politik noch die US-Wirtschaft und ihre Unternehmer (völlig) entziehen können werden. Die Frage ist, wie US-Interessen in diesem Gebiet mit westlichen Sicherheitsinteressen in Osteuropa in Einklang gebracht werden können. Und: ob das US-Engagement in Zentralasien für die NATO-Erweiterung kontraproduktiv sein wird – z.B. keine zweite Erweiterungsrunde –, um eine ernsthafte Konfrontation mit Rußland, die den US-amerikanischen langfristigen globalen Interessen zuwiderlaufen könnte, zu vermeiden. Eine intensive Verfolgung von US-Interessen mit gleichzeitiger Eliminierung Rußlands aus der Wirtschaft in der Region Zentralasien/Kaspisches Meer und eine zweite NATO-Erweiterung, insbesondere mit sensitiven Ländern auf der Liste (wie Rumänien), könnten die Basis für mehr inneren russischen Radikalismus schaffen und die Tendenz zu imperialistischer und aggressiver Politik Rußlands verstärken. Das Resultat könnte sein, daß Rußland eine langfristige strategische Kooperation mit China sucht und versuchen wird, auf Länder in der GUS (einschließlich der Ukraine) und die baltischen Staaten Druck auszuüben, ja, daß es die weitere Kooperation bei strategischer Rüstungskontrolle und Abrüstung verweigert und versuchen wird, antiwestliche Koalitionen in Asien und Afrika zu bilden. (Rußland würde dasselbe tun, wenn das demokratische Experiment ohne weitere Schritte der NATO-Erweiterung fehlschlägt; es hätte dann mehr Möglichkeiten für eine größere Einflußzone als im Falle einer zweiten Osterweiterung der NATO.)

7. Die europäische Sicherheitssituation

Die Perspektiven der europäischen Sicherheit und der europäischen Sicherheitsarchitektur werden von außereuropäischen Konstellationen mitbeeinflußt; sie hängen von der Entwicklung der russisch-chinesischen und der US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen ab, aber besonders von den US-russischen Beziehungen. Rußland sieht sich in einem Ringen um Einfluß mit den USA.

Was wäre von einem europäischen Standpunkt aus hilfreicher für die Entwicklung der Sicherheit: wenn die USA versuchen, den russischen Einfluß in Zentralasien einzudämmen oder in Osteuropa?

7.1 US-Politik gegenüber Rußland

Wenn die USA durch die Stärkung ihrer Führungsrolle in der NATO, durch die Festigung ihrer Kontrolle über Europa und durch die Vorherrschaft in der Region Westpazifik wirklich eine unipolare Strategie globaler Hegemonie anstreben, dann streben sie auch nach einer Politik der Einhegung, Einschränkung und Schwächung von Rußland. Um bei letzterem erfolgreich zu sein, sind die NATO-Erweiterung, die Unterstützung für die ukrainische Unabhängigkeit und die Versuche, in die „verbotene Zone“ der Länder der ehemaligen Sowjetunion, z.B. die baltischen Länder und Zentralasien, ökonomisch und politisch einzudringen und den US-amerikanischen Einfluß auszudehnen, alles Maßnahmen, um Rußlands Raum für strategisches Überleben auf ein Minimum schrumpfen zu lassen. Der grundlegende strategische Widerspruch von „containment“ und „anti-containment“ ist schwer zu überwinden, was zu einem langfristigen Faktor in der Beschränkung der Beziehungen zwischen Rußland und den USA werden muß. Und warum sollten die Amerikaner Rußland nicht schwächen – Schritt für Schritt natürlich, gleichsam scheinbar auf eine nicht feindselig wirkende Art? Bisher hat Rußland weder die Absicht noch die Fähigkeit zu einer Konfrontation mit den USA. Und zu einer späteren Zeit, nach einem möglichen russischen Wiedererstarken, hat es in seiner eingeschränkten Form nicht genügend Potential, um die USA ernsthaft herauszufordern.

Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen russischen und chinesischen Versuchen in der Machtpolitik. Moskau, als Hauptgegner der USA im Kalten Krieg, versucht – wenn nicht unbedingt eine totale strategische Äquivalenz – zumindest die formale Anerkennung des Status einer Großmacht zu erreichen; die Basis dafür sind seine noch existierenden nuklearen Arsenale. Es versucht, Gegenpositionen in manchen Teilen der Welt (insbesondere im Nahen Osten) einzunehmen, um wieder eine dominierende Rolle zu spielen; sein Ziel ist es, Gegengewichte zu den USA zu schaffen. Im Fall von China ist eine solche Politik nicht unbedingt antagonistisch, sondern kann als eine kooperative Form des Machtgleichgewichts angesehen werden, nicht gegen die USA, sondern gegenüber den USA. Durch ein gewisses Maß an Kooperation wird China von den USA gleichsam der Status einer regionalen Großmacht zuerkannt und eine Einflusssphäre zugestanden, ohne daß deswegen die Ambitionen im Hinblick auf die Rolle einer globalen Großmacht aufgegeben würden.

7.2 Amerikanische Interessen und Europa

Man könnte mögliche oder wahrscheinliche Entwicklungen besser beurteilen, wenn man genauer wüßte, was die Amerikaner wirklich wollen. Gibt es allgemeine unverrückbare amerikanische Zielsetzungen, oder hängen diese von der jeweiligen Administration ab oder gar von der tatsächlichen Situation der Regierung zu einem spezifischen Zeitpunkt, von internen politischen Trends und auch von Launen der gestaltenden Personen?

Aber es ist relativ einfach, nach amerikanischen globalen Zielen zu suchen, im Vergleich mit der Suche nach denen der Europäer. Haben diese überhaupt welche? Sehnt sich Europa nach seiner alten Rolle als Juniorpartner der USA im Kalten Krieg? Amerikaner und Europäer sehen Rußland noch immer als potentiellen Gegner, und Europa kann sich derzeit in Sicherheitsangelegenheiten nicht von den USA trennen; beide sind wirtschaftlich sehr stark miteinander verflochten, in ihrem Wohlstand zu einem gewissen Grad voneinander abhängig. Daher ist Kooperation für beide sehr wichtig. Aber der Zusammenhalt, der die USA und Europa in der Zeit der Ost-West-Konfrontation verband, hat nachgelassen, und man kann allmähliche, aber steigende Meinungsverschiedenheiten feststellen. Einerseits fordern die USA mehr internationales Engagement der Europäer, um die transatlantische Verbindung aufrechtzuerhalten, die die US-Unterstützung in europäischen sicherheitspolitischen Angelegenheiten beinhaltet; die USA wollen insbesondere mehr Bereitschaft (und den Willen) auch zu einem potentiellen militärischen Engagement der Europäer in der Region Naher Osten und auch zumindest et-

waige symbolische Beiträge zu potentiellen militärischen Auseinandersetzungen im Fernen Osten. Die Europäer wollen im Moment die amerikanische Unterstützung (und Führung) in essentiell europäischen Konflikten, die sie nicht alleine bewältigen können (oder zumindest wollen). Festzustellen ist einerseits ein weitgehendes Fehlen jedes Gefühls einer globalen Verantwortung bei den meisten Europäern, wodurch die Basis für weltweites Engagement fehlt; Europa scheint deshalb für die USA kein zuverlässiger globaler Partner zu sein. Andererseits haben die USA keine wirkliche Alternative zu den wichtigeren europäischen Ländern als Verbündete im globalen Engagement. Aber auch wenn das gemeinsame strategische Interesse für eine enge globale Zusammenarbeit eines Tages stark genug sein wird – in einer Zeit eines reiferen europäischen Selbstbewußtseins – wird diese Zusammenarbeit seitens der Europäer wohl nicht so sein, wie sich die Amerikaner das vorstellen, nämlich als Teilnahme an von den USA bestimmten Aktionen.

Es ist noch nicht absehbar, wann eine diesen Namen verdienende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU entstehen wird; jedenfalls wird das noch einige Zeit dauern. Trotzdem wird es relativ einfach sein, zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu gelangen, verglichen mit den Schwierigkeiten der Einbindung Amerikas in eine koordinierte transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, weil eine solche nach dem derzeitigen US-Verständnis etwas Neues wäre. Gemeinsame Politik bedeutet für die USA derzeit US-Führung mit Gefolgschaft der anderen, die nicht an der Entscheidung, sondern nur an der Durchführung Anteil haben.

Die europäische Integration ist jedoch – im Prinzip – das Gegenteil von Hegemonie und Machtgleichgewicht; einerseits ist sie gerichtet gegen die Hegemonie einer europäischen Macht, andererseits dient sie dazu, eine US-Hegemonie über Europa zu vermeiden. Die europäische Integration ist eine gegensätzliche Entwicklung zur Dekolonialisierung, ein Prozeß zur Reduzierung der Akteure, und sie wird die Geopolitik in der eurasisch-afrikanischen Welt letztlich völlig verändern.

REITER Erich, Prof. DDr.
Beauftragter für Strategische Studien
im Bundesministerium für Landesverteidigung Wien;
Honorarprofessor an der Karl-Franzens-Universität Graz.